

6.	05/0086	<p>a) Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Sankt Augustin für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushalts sicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2005 bis 2012</p> <p>b) Beratung des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2004 bis 2008</p>	<p>FB 2 wV, Bericht bis 01.06.05</p> <p>BRB, RD, FB 3, 4, 6/20, 7</p> <p>FB 0, 1, 5, 9, 6/10, 7 wV</p>
----	---------	--	---

Herr Lehmacher machte auf die Tischvorlage der Verwaltung mit Zusammenstellung der zusätzlichen Fragen und Anträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN sowie Anregungen der Verwaltung aufmerksam. Er schlug vor, diese Liste einzeln abzuhandeln.

Herr Knülle fragte nach, ob es auch Anträge der CDU- und FDP-Fraktion zum Haushalt gebe, da entsprechende Einträge der Tischvorlage nicht zu entnehmen seien. Frau Jung erklärte, dass die Fragestellungen der FDP-Fraktion ausreichend beantwortet worden und weitere Anträge zunächst nicht beabsichtigt seien. Herr Wagner teilte mit, dass die CDU-Fraktion zu einzelnen Punkten mündliche Anträge stellen werde.

Anschließend erfolgte eine Diskussion hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligten. Es bestand Einvernehmen, in der von Herrn Lehmacher vorgeschlagenen Form zu verfahren. Sofern sich zu einzelnen Punkten weiterer Beratungsbedarf ergebe, sollen diese in der folgenden Ratssitzung behandelt werden.

Antrag/Fragestellung der SPD-Fraktion:

1	0001.4001.0	Aufwandsentschädigung Bürgermeister	90.000	<p>3. Stellv. BGM bei Vakanz einsparen Ansatz 2009 -1.467,-- Ansatz 2010 -5.868,--</p> <p>Weshalb sind die Ergebnisse 2004 und 2005 bei unter 83.000,--, wenn die Aufwandsentschädigungen einen festen Betrag darstellen? Evt. weitere 7.000,-- Einsparung möglich!</p>
---	-------------	--	--------	---

Die Frage wurde vom Bürgermeister dahingehend beantwortet, dass sich die Aufwandsentschädigung in der Vergangenheit anders berechnet

habe, da der 3. stellvertretende Bürgermeister gleichzeitig stellvertretender Fraktionsvorsitzender gewesen ist.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag, den 3. stellvertretenden Bürgermeister bei Vakanz einzusparen, abstimmen.

7 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion

2	0001.4002.9	Sitzungsgelder	210.000	<ol style="list-style-type: none">1. In der nächsten Ratsperiode um 6 Sitze reduzieren. Ansatz 2009 -5.868,- Ansatz 2010 -23.472,-2. Verwaltung wird beauftragt, dem Rat vor Juli 2005 einen Beschlussvorschlag zur Reduzierung der Ausschüsse vorzulegen.
---	-------------	----------------	---------	---

Frau Jung regte an, die Beratung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen, da eine Relevanz zum Haushalt 2005/2006 nicht bestehe. Herr Knülle stellte hierzu klar, dass jetzt kein Beschluss über eine Reduzierung der Mandate gefasst werden solle, sondern die Verwaltung lediglich einen Prüfauftrag erhalten solle und dem Rat zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage einreiche.

Auch Herr Wagner hielt den Zeitpunkt einen solchen Antrag für verfrüht; eine diesbezügliche Diskussion sei jedoch zu gegebener Zeit in allen Fraktionen zu führen.

Herr Köhler schlug vor, diese Angelegenheit außerhalb der Haushaltsberatungen zu besprechen und abzustimmen.

Sodann ließ der Bürgermeister über den Antrag zu 1. abstimmen:

7 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag zu 2. abstimmen:

7 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zum Abstimmungsverhalten der SPD erläuterte Herr Knülle, dass eine Zustimmung zu dem Antrag erfolgt sei, weil durch eine Zusammenlegung von Ausschüssen nicht nur eine Kostenreduzierung erfolge sondern auch eine effizientere Ausschussarbeit möglich sei.

Frage der SPD-Fraktion:

3	0001.6100.5	Repräsentationskosten	10.800	Ca. 7.000,-- hat die Verwaltung auf unsere Frage hin dargestellt, wobei handelt es sich bei den übrigen 5.000,-- in 2004?
---	-------------	-----------------------	--------	---

Der Bürgermeister erläuterte hierzu, das es sich um unterschiedliche Kostenpositionen handle. Beispielsweise nannte er die Bewirtungskosten anlässlich dienstlicher Besprechungen.

Frage/Antrag der SPD-Fraktion:

4	0001.6600.0	Verfüungsmittel des BGM	7.280	Wieso starke Ausgabeschwankungen zw. 2.891,-- und 8.989,-- ? Ansatz auf 5.000,-- deckeln.
---	-------------	-------------------------	-------	--

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass im Rahmen des 25-jährigen Stadtfestes höhere Ausgaben erfolgt seien. Im übrigen stehe es im Ermessen des Bürgermeisters für welchen Zweck er die Mittel verwende.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen:

7 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion:

5	0001.6610.8	Beitrag zum Rat der Gemeinden Europas	0	Ansatz + 1.430,-- Mitgliedschaft neu beantragen.
---	-------------	---------------------------------------	---	--

Herr Wagner bat um Mitteilung, ob eine Mitgliedschaft weitere Kosten verursache. Ferner bat er um Prüfung, ob diese freiwillige Leistung überhaupt in den Haushalt aufgenommen werden könne.

Hinsichtlich der Reisekosten führte der Bürgermeister aus, dass sich diese auf ca. 500 – 800 € p.A. beziffern sowie weitere Reisekosten bei besonderen Kongressen in unregelmäßigen Abständen anfielen.

Herr Lehmacher machte darauf aufmerksam, dass diese freiwillige Ausgabe nur in Form eines Wechsels mit einer anderen freiwilligen Ausgabe in Betracht komme. Herr Knülle erläuterte hierzu, dass hierfür die Reduzierung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters in Betracht gekommen wäre. Er hob die Bedeutung der Mitgliedschaft im Zusammenhang mit den internationalen Städtepartnerschaften und dem Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Kommunen hervor.

Auch Frau Jung regte an, dass Reisekosten gegebenenfalls privat aus eigenen Mitteln getragen werden könnten. Der Bürgermeister bejahte dies für den Bereich der Ratsmitglieder, sofern diese sich entsprechend selbst binden. Er schloss jedoch aus, dass Reisekosten von Beschäftigten der Stadtverwaltung selbst getragen würden.

Herr Köhler sagte zu, den Fraktionen und der Verwaltung kurzfristig eine kurze schriftliche Ausarbeitung über die Mitgliedschaft und Kosten des Rates der Gemeinden Europas zukommen zu lassen.

Es bestand Einvernehmen, die weitere Beratung in der Ratssitzung am 20.04.05 vorzunehmen.

Antrag der SPD-Fraktion:

6	0600.6530.0	Öffentliche Bekanntmachungen	41.000	Ansatz auf 35.000,-- deckeln; neue Vertragsverhandlungen.
---	-------------	------------------------------	--------	--

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Anzahl der öffentlichen Bekanntmachungen nur geschätzt werden könne; dies sei letztlich auch davon abhängig, in welchem Umfange die Stadt Öffentlichkeitsarbeit betreibe und in welchem Umfang Veröffentlichungen (z.B. bei Satzungen) zwingend vorzunehmen seien. Er führte ferner aus, dass mit den Zeitungsverlagen regelmäßig Rabattierungsmöglichkeiten ausgehandelt würden.

Anschließend wurde über den Antrag abgestimmt:

7 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

7	0800.4600.8	Zuschuss zu Veranstaltungen des Verwaltungspersonals	900	Ansatz streichen
---	-------------	--	-----	------------------

Frau Breinlich führte hierzu aus, dass auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Arbeitgeberzuschüsse nicht mehr geleistet würden.

SPD-, FDP- und CDU-Fraktion sprachen sich gegen eine Streichung aus und erklärten, dass dieser Zuschuss auch der Mitarbeitermotivation diene.

2 Jastimmen
14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frage der SPD-Fraktion:

8	3600.6102.2	Sachausgaben Aktiv-Börse	2.200	Wieso stehen diese Mittel im UA Naturschutz und Landschaftspf.?
---	-------------	--------------------------	-------	---

Herr Raubach erläuterte, dass eine Korrektur der Zuordnung vorgenommen werde und die Veranschlagung an richtiger Stelle erfolge.

Antrag der SPD-Fraktion:

9	0240.9350.7	Anschaffung von Technikausstattung	2.500	Ansatz -2.500,--
---	-------------	------------------------------------	-------	------------------

Herr Knülle führte aus, dass entsprechende Medienberichte von den Rundfunk-/Fernsehsendern angefordert werden könnten und eine Aufzeichnung entbehrlich sei.

Der Bürgermeister erläuterte, dass im Bereich der Pressestellen keine geeigneten Gerätschaften vorhanden seien, um überhaupt Medienbeiträge aufzeichnen zu können.

7 Jastimmen
1 Neinstimmen
8 Enthaltungen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

10	0600.6510.4	Amtliche Blätter, Zeitschriften und Bücher	35.000	Einsparungen durch andere Konzeption
----	-------------	--	--------	--------------------------------------

Herr Lehmacher erläuterte, dass eine Umstellung der amtlichen Blätter auf elektronische Bearbeitung lediglich zu einer Einsparung von 80 € führe. Für den täglichen Gebrauch müsse jedoch dann ein Ausdruck vorgenommen werden.

Frau Breinlich regte eine Zusammenarbeit mit der Stadtbücherei oder der Bücherei der Fachhochschule an. Eine diesbezügliche Überprüfung habe jedoch nach Angaben von Herrn Lehmacher ergeben, dass dies wegen des Zeitverzugs nicht praktikabel sei. Im übrigen wies er darauf hin, dass der Ansatz im wesentlichen zur Beschaffung von Kommentaren und ähnlicher Fachliteratur diene und bereits der Bezug von entbehrlichen Zeitschriften eingestellt worden sei.

Der Bürgermeister sagte zu, soweit möglich eine Kooperation mit der Stadtbücherei und der Bücherei der Fachhochschule durchzuführen.

Herr Büsse führte aus, dass die bisherigen Beratungen zum Haushalt insgesamt nicht zielorientiert seien, da es nur um geringfügige Beträge gehe. Ziel müsse es sein, in den nächsten 5 Jahren den Weg in die Haushaltssicherung zu erreichen und hieran anschließend wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. Dies könne jedoch nicht mit den bisher beratenen, geringfügigen Einsparvorschlägen erreicht werden.

Herr Knülle erläuterte hierzu, dass spürbare Einsparvorschläge auf Grund der Systematik des Haushaltsplanes erst an hinterer Stelle der Tischvorlage dargestellt seien.

Frau Jung beantragte zur Geschäftsordnung eine Sitzungsunterbrechung.

Um 19.00 Uhr unterbrach der Bürgermeister die Sitzung.

Bei Wiedereintritt in die Tagesordnung um 19.35 Uhr stellte der Bürgermeister fest, dass die Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Sitzungsraum verlassen haben und nicht mehr an der Sitzung teilnehmen.

Frau Jung erklärte für die FDP-Fraktion, dass sie sich außer Stande sehe, die vorgelegte Tischvorlage weiter zu diskutieren. Sie bedauerte, dass im Vorfeld keine Sondierungsgespräche zwischen den Fraktionen stattgefunden hätten. Sie schlug vor, die noch offenstehenden Punkte mit den Fraktionsvorsitzenden unter Beteiligung der Verwaltung vorzubereiten. Da von der Tischvorlage erst wenige Minuten vor Beginn der Sitzung Kenntnis erlangt worden sei, könne die Brisanz einzelner Positionen nicht ausreichend beurteilt werden.

Herr Wagner schloss sich diesen Ausführungen für die CDU-Fraktion an. Er stellte zudem heraus, dass in der Tischvorlage ernst zu nehmende Anträge enthalten seien, die auf jeden Fall weiter diskutiert und beraten werden müssten.

Frau Bergmann-Gries widersprach diesem Vorschlag. Sie wies auf die umfassenden Haushaltsberatungen der SPD-Fraktion hin. Sie führte ferner aus, dass es nicht im Verantwortungsbereich der SPD-Fraktion liege, dass die Fragen und Antworten den anderen Fraktionen nicht zur Verfügung gestellt worden seien. Im übrigen vermisse sie konzeptionelle Einsparvorschläge, z.B. im Bereich der Personalkosten, seitens der Verwaltung. Sie bat darum, die Personalkosten dieser und der vorangegangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der kommenden Ratssitzung zu beziffern.

Für die SPD-Fraktion wies Herr Knülle zunächst darauf hin, dass es sich bei einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden nicht um ein öffentliches Gremium handle. Die Haushaltsberatungen müssten jedoch der Öffentlichkeit zugänglich sein. Er schlug vor, die weiteren Fragen und Anträge zu besprechen; sofern ein weiterer Beratungsbedarf bei einzelnen Punkten bestehe, könne eine Vertagung in die kommende Ratssitzung erfolgen.

Der Bürgermeister erklärte für das weitere Verfahren, die noch offenstehenden Positionen kurz und sachlich zu beraten. Soweit Beratungsbedarf geltend gemacht wird, erfolge keine weitere Diskussion mehr und der jeweilige Punkt werde in die kommende Ratssitzung vertagt.

Sodann erteilte Herr Herr Lehmacher das Wort, der die nächste Position der Tischvorlage aufrief.

Antrag der SPD-Fraktion:

11	0003.6100.3	Förderung des Ehrenamtes	2.250	keine Reduzierung in den Finanzplanungsjahren.
----	-------------	--------------------------	-------	--

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

12	3410.7180.5	Zuschüsse zu Ortsveranstaltungen (Altenfeste)	20.700	-10.350,-- Alter höher setzen (75 Jahre) Zuschüsse sollen halbiert werden!
----	-------------	---	--------	---

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frage der SPD-Fraktion

13	6100.6103.9	Planstudie Gewerbegebiet zw. Menden und Hangelar	60.540	Wie viele sonstige Kosten entstehen im Rahmen des Stadtentw.-Konzeptes, die wie hier gesondert aufgeführt sind?
----	-------------	--	--------	---

Herr Gleß erläuterte, dass weitere Kosten nicht entstehen würden. Die Gesamtkosten aller 3 Planstudien und des Stadtentwicklungskonzeptes selbst beliefen sich auf ca. 170.000 €.

Frage/Antrag der SPD-Fraktion:

14	0220.4600.0	Personal-Nebenausgaben	17.000	Begründung der Höhe der Ansätze; Ansätze um je 5.000,-- reduzieren
----	-------------	------------------------	--------	---

Frau Krumm führte hierzu aus, dass es sich hier um Ausgabe handele, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Da die Ausgaben Schwankungen unterliegen sei jedoch nur eine sorgfältige Schätzung vorgenommen worden.

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion

15	0221.4100.4	Dienstbezüge Beamte	36.840	zusätzlich 3 Ausbildungsstellen; Ansätze entsprechend erhöhen; Übernahme durch Zeitverträge ermöglichen
16	0221.4140.6	Dienstbezüge Angestellte	37.320	
17	0221.4150.3	Dienstbezüge Arbeiter	3.620	

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion

18	Personalausgaben	Personalkosten jährlich um 2% reduzieren. Personalwirtschaftskonzept für kommende Jahre vorlegen.
----	------------------	---

Herr Joeris modifizierte den Antrag dahingehend, 2 % der Stellen einzusparen, da das Instrument der Wiederbesetzungssperre seitens der SPD-Fraktion nicht für geeignet gehalten werde.

Die FDP-Fraktion wünsche sich nach Ausführung von Frau Jung zu den Personalkosten eine Aufgabenkritik in den einzelnen Fachbereichen mit daraus möglicherweise resultierenden Personalabsenkungen. Einer pauschalen Kürzung könne sie nicht zustimmen.

Dem schloss sich Herr Wagner für die CDU-Fraktion an. Herr Dr. Büsse wies in diesem Zusammenhang auf die Berichterstattung des Gemeindeprüfungsamtes hin.

Da im übrigen Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion:

19	1100.1002.3	Schankkonzessionen	41.000	Ansatz auf Durchschnitt der letzten Jahre + 4.000,-
----	-------------	--------------------	--------	---

Herr Knülle erläuterte, dass diese Einschätzung auf den Rechnungsergebnissen der Vorjahre beruhe.

Herr Wagner merkte an, dass die Entwicklung in der Gastronomie in letzter Zeit rückläufig sei und aus diesem Grund eine Einnahmeerhöhung nicht vorgenommen werden könne.

6 Jastimmen

8 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anregung der SPD-Fraktion

20	1100.2600.7	Verwargelder	120.000	durch verbesserte Überwachung Ansatz erreichen.
----	-------------	--------------	---------	---

Herr Lehmacher erklärte, im Rahmen der Möglichkeiten dieser Anregung

Folge zu leisten.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

21	1100.6103.0	Kosten der Beseitigung ordnungswidriger Zustände	39.000	-22.500,-- Reduzierung auf 2003
----	-------------	--	--------	------------------------------------

Herr Steinkamp erläuterte, dass die korrespondierende Einnahmeausgangsstelle angepasst werden müsse, wenn die Ausgabe position abgesenkt werde.

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frage der SPD-Fraktion

22	1300.5015.7	Unterhaltung von Feuer- schutzsirenen	4.100	Wieso sind Ergebnisse geringer als Ansatz, wenn sich Wartungsvertrag nicht verteuert hat?
----	-------------	--	-------	--

Herr Steinkamp erläuterte hierzu, dass die Kosten für den Wartungsvertrag geringer ausfallen. Außerdem seien außer den Nebenkosten für Strom keine weiteren Unterhaltungskosten angefallen.

Frage der SPD-Fraktion:

23	1300.6520.3	Post- und Fernmeldegebühren	6.150	Gründe für geringeres Vorjahresergebnis. Wie erfolgt Abrechnung der Gebühren?
----	-------------	-----------------------------	-------	--

Herr Steinkamp führte aus, dass das geringere Vorjahresergebnis aus einem Buchungsfehler resultiere. Die haushaltsmäßige Zuordnung/Abrechnung erfolge jährlich auf Grundlage monatlich gezahlter nachgewiesener Einzelrechnungen.

Antrag der SPD-Fraktion

24	1400.6100.0	Kosten der Abwehr von Not- ständen einschl. Übungen	2.550	Reduzierung des Ansatzes auf 500,-- auf Grund Rechnungsergebnisse Vorjahre.
----	-------------	--	-------	--

Auf Nachfrage von Frau Jung bestätigte Herr Lehmacher, dass in den letzten Jahren auf dieser Haushaltsstelle nicht mehr als 500 € verausgabt wurden.

Einstimmig

Anträge der SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

				SPD:	GRÜNE:
25	8200.6100.7	AST Verkehr	24.000	Thematik "Bürgerbusse" auf TO nächste Sitzung AK ÖPNV nehmen	-24.000,-- Vorhaben soll aufgegeben werden (Einnahmeposition 8200.1720.8 ab 2006 auf 0,-- reduzieren)

Abstimmungsergebnis SPD-Antrag:

Einstimmig

Abstimmungsergebnis Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

26	0300.6540.1	Reisekosten	8.600	-2.600,--
----	-------------	-------------	-------	-----------

Herr Knülle bat darum, den Fraktionen bis zur Ratssitzung am 20.04.05 eine Übersicht über die Entwicklung der Reisekosten insgesamt vorzulegen.

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frage der SPD-Fraktion

27	9000.0210.7	Vergnügungssteuer	170.000	Die Verwaltung stellt die erhöhten Einnahmen beschlussgemäß dem Jugendhaushalt zur Verfügung. Wo ist die entsprechende Ansatzverbesserung im HH?
----	-------------	-------------------	---------	--

Herr Raubach erläuterte die prognostizierten Mehreinnahmen, deren Positionierung im Haushalt sowie deren Verwendung.

Auf Nachfrage von Frau Jung erklärte Herr Seigfried die Historie der Er-

höhung der Vergnügungssteuer in Verbindung mit der Möglichkeit, erzielte Mehreinnahmen für innovative Maßnahmen der Jugendarbeit zu verwenden; hierzu zählten auch die Personalkosten für eine Streetworkerin.

Anschließend betonte Herr Rauchalles, dass die Gelder keinesfalls in den allgemeinen Haushalt fließen dürften und Jugendprojekte weiterhin nachhaltig hiermit unterstützt werden sollten.

Herr Raubach und Herr Lehmacher führten hierzu aus, dass eine Zweckbindung von Steuereinnahmen rechtlich nicht zulässig sei und eine Beanstandung der Kommunalaufsicht möglich sei. Der Bürgermeister sagte in diesem Zusammenhang zu, bei Bedarf mit der Kommunalaufsicht zu verhandeln, damit die Mittel beschlussgemäß verwendet werden können. Frau Roitzheim wies auf das ihr vorliegende positive Prüfungsergebnis kommunalpolitischen Vereinigung hin.

Antrag der SPD-Fraktion:

28	9000.0410.5	Schlüsselzuweisungen	2.081.800	Abwanderungsgründe von Schülern aufarbeiten und Sankt Augustiner Angebote attraktiver gestalten
----	-------------	----------------------	-----------	---

Herr Seigfried erläuterte die Zielsetzung der Stadtverwaltung; er wies jedoch darauf hin, dass eine Einstellung von Haushaltsmitteln hierfür nicht möglich sei.

Herr Knülle führte aus, dass nicht von einer kurzfristigen Ergebnis ausgegangen werde, jedoch mittelfristig nachhaltige Lösungsansätze gefunden werden sollten, z.B. durch Verbesserung der Sprachangebote.

Herr Wagner merkte hierzu an, dass eine Einflussnahme der Stadtverwaltung auf innere Schulangelegenheiten nicht möglich sei. Es könnten aber die äußeren Voraussetzungen – Einrichtungen, Ausstattungen – positiv beeinflusst werden. Dies setze allerdings den Einsatz von Finanzmitteln voraus.

Der Bürgermeister sagte zu, dass sich die Verwaltung der Problematik weiterhin annehmen werde.

Antrag der SPD-Fraktion

29	9100.8060.0	Zinsen für Kreditmarktdarlehen	1.768.960	Kreditmanagement verbessern unter Einbeziehung der Erfahrungen der Stadt Bonn.
----	-------------	--------------------------------	-----------	--

Herr Lehmacher führte aus, dass die Bearbeitung der Kreditangelegenheiten weiterhin mit eigenem Personal erfolgen solle. Herr Knülle bat darum, dass die Verwaltung das Konzept der Stadt Bonn in Erfahrung bringen und den Fraktionen präsentieren solle. Dies wurde vom Bürgermeister zugesagt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

30	0240.6101.5	Brauchtumspflege	900	-900,--
----	-------------	------------------	-----	---------

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

31	3410.7181.4	Zuschüsse für Martinszüge	10.120	-10.120,-- Veranstaltung selbsttragend organisieren.
----	-------------	---------------------------	--------	---

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mitteilung der Verwaltung

32	3500.7130.7	Kostenbeitrag an den VHS-Zweckverband	222.080	2005-2010 je -8.080,-- Beschluss der Zweckverbandversammlung vom 06.04.2005.
----	-------------	---------------------------------------	---------	---

Die Einsparung wurde zur Kenntnis genommen.

Antrag der SPD-Fraktion

33	4000.6101.7	Sächliche Kosten des Ausländerbeirates	510	Ausländerbeirat in den Räumlichkeiten des Agenda-Büros unterbringen; Ansätze 2005 ff + 490,--
----	-------------	--	-----	--

Herr Knülle führte aus, dass die Möglichkeit bestehe, den Ausländerbei-

rat im Bereich des Agenda-Büros mit unterzubringen. Die geringfügige Mittelerrhöhung solle einer verbesserten Sachmittelausstattung dienen.

Da von Frau Roitzheim Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion

34	4700.7180.2	Zuschüsse an den Reichbund e.V.	230	Ansätze 2005 ff streichen, da keine Beantragung in den letzten Jahren.
----	-------------	---------------------------------	-----	--

Auf Vorschlag von Herrn Wagner sagte die Verwaltung zu, den Zuschuss an den Reichsbund künftig in der allg. Zuschusshaushaltsstelle zu führen. Hiermit erklärte sich Herr Knülle für die SPD-Fraktion einverstanden.

Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Antrag der CDU-Fraktion:

35	4700.7188.4	Zuschüsse an den Verein "Hoffnung für das Leben"	1.500	GRÜNE: Warum können die Aufgaben nicht von Pro Familia übernommen werden. Rechenschaftsbericht anfordern.	CDU: Ansatz wie bisher 2.560
----	-------------	--	-------	--	---------------------------------

Herr Seigfried erklärte, dass die Aufgabenstellung der beiden Einrichtungen nicht identisch sei, und daher dieser Vorschlag nicht umgesetzt werden könne.

Auf Grund der hervorragenden Arbeit des Vereines plädierte die CDU-Fraktion, den bisherigen Ansatz von 2.560 € zu belassen.

Frau Bergmann-Gries wies darauf hin, dass es Bundesmittel für diesen Verein gebe und daher ggf. auf die städtischen Zuschüsse verzichtet werden könne. Sie bat um entsprechende Prüfung, die seitens des Bürgermeisters zugesagt wurde. Das Ergebnis könne aber erst in die nächsten Haushaltsberatungen einfließen.

Abstimmungsergebnis CDU-Antrag:

mehrheitlich zugestimmt

Antrag der SPD-Fraktion:

36	2000.6104.8	Kosten für die Überprüfung des Inventars von Fachräumen	10.000	Ansatz in der Vermögenshaushalt transferieren und besser für Schulausstattung ausgeben.
----	-------------	---	--------	---

Herr Siegfried wies darauf hin, dass die Verwaltung nicht über ausreichend geschultes Personal verfüge, um eine Fachraumausstattung qualifiziert prüfen zu können. Hierfür seien besondere Fachkenntnisse erforderlich. Er wies auf die Möglichkeit von Planungsfehlern und die daraus möglicherweise resultierenden Mehrkosten hin. Die avisierte Überprüfung sei Grundlage für eine darauf hin durchzuführende Ausschreibung.

Herr Wagner erklärte, dass der entsprechende Sachverstand bei den Fachlehrern vorhanden sein müsse.

Herr Rauchalles regte an, entsprechende Nachbarkommunen zu befragen, die in jüngerer Vergangenheit eine Fachraumausstattung vorgenommen haben.

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der CDU-Fraktion

	2000.6105.7	Schulentwicklungsplanung	10.000	Ausschreibung des Planungsauftrages-
--	-------------	--------------------------	--------	--------------------------------------

Herr Wagner führte aus, dass die bisherigen Schulentwicklungspläne nicht den Erwartungen der CDU-Fraktion entsprechen und daher eine Ausschreibung des Planungsauftrages erfolgen solle.

Eine Erörterung im Schulausschuss wurde durch Herrn Siegfried zugesagt.

Antrag der SPD-Fraktion

37	4521.7186.3	Soz.-päd. begleitete Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.	57.000	Ansätze 2005 ff + 10.800,--
----	-------------	--	--------	-----------------------------

Die Notwendigkeit, die Ansatzserhöhung vorzunehmen, wurde von allen Fraktionen bejaht.

Herr Lehmacher wies auf die mögliche Beanstandung durch die Kom-

munaufsicht hin, da es sich um die Erhöhung einer freiwilligen Ausgabe handele.

Der Bürgermeister schlug vor, die Entscheidung über den Antrag zurückzustellen und dann vorzunehmen, wenn an anderer Stelle über Einsparungen beraten werde, die eine Finanzierung dieser Mehrausgabe ermögliche. So solle auch bei weiteren freiwilligen Ausgabeerhöhungen verfahren werden.

Herr Knülle machte den Vorschlag, zunächst freiwillige Ausgabeerhöhungen zu beschließen; sollte die Summierung aller Ausgabeerhöhungen ergeben, dass eine Reduzierung erforderlich sei, könne dann entschieden werden, in welchen Bereichen die Erhöhungen wieder zurückgenommen oder verringert werden.

Die Ausschussmitglieder schlossen sich dem Vorschlag von Herrn Knülle an.

Sodann ließ der Bürgermeister über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Einstimmig

Antrag der SPD-Fraktion:

38	4600.5204.9	Unterhaltung und Ergänzung der Spielstubeinrichtung	700	+ 1.000,--
----	-------------	---	-----	------------

Herr Knülle begründete seinen Antrag mit der bereits von der Verwaltung vorgesehenen Mittelerhöhung in der Finanzplanung.

Herr Seigfried erläuterte die dem Ansatz und der Finanzplanung zu Grunde liegende Entscheidung, die eine Abwägung unter Berücksichtigung der Haushaltslage beinhalte und somit vertretbar sei.

Frau Roitzheim brachte ihr Bedauern zum Ausdruck, dass eine Kürzung des Ansatzes erforderlich sei, wegen der Haushaltslage gebe es jedoch keine andere Möglichkeit. Sie wies auf ein Sponsoring hin um eine finanzielle Unterstützung der Spielstube eventuell realisieren zu können.

Frau Bergmann-Gries machte auf die Signalwirkung dieser Kürzung für die Bevölkerung aufmerksam. Außerdem sei es für sie nicht nachvollziehbar, dass an anderer Stelle Zuschüsse für den Verein „Hoffnung für das Leben“ erhöht wurden und hier bei einer Einrichtung in einem sozialen Brennpunkt Einschnitte gemacht würden.

Herr Seigfried äußerte seine Erwartung an die Politik, dass Aussagen getroffen werden müssten, wie sich die Struktur der Jugendarbeit in Sankt Augustin entwickle, statt über Erhöhungen/Kürzungen von Ein-

zelpositionen zu diskutieren.

Sodann ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen:

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion

39	2100.9350.2	Anschaffung und Ergänzung der Schuleinrichtung	23.000	Durch organisatorische Schritte rechtzeitige Beschaffungen sicherstellen.
40	2150.9350.1	Anschaffung und Ergänzung der Schuleinrichtung	11.000	Einrichtung einer zentralen Vergabestelle auf den Weg bringen.

Herr Lehmacher führte aus, dass es sich nicht um haushaltsrelevante Anträge handele.

Herr Knülle führte ergänzend aus, dass es für die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar sei, dass eine Beschaffung wegen Erkrankung einer Mitarbeiterin in der Vergangenheit nicht durchgeführt werden konnte und die Haushaltsmittel verfallen seien. Dies müsse durch organisatorische Maßnahmen künftig verhindert werden.

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion

41	2200.9350.1	Anschaffung und Ergänzung der Schuleinrichtung	112.500	Biologieraum und Hörsaal in 2005 sanieren. Ansatz 2005 +100.000,-- Ansätze 2007 und 2008 um jeweils 50.000,-- reduzieren. Sind diese Sanierungen doppelt etatisiert, s. HHSt. 2200.9431.4.
----	-------------	--	---------	--

Herr Lehmacher wies darauf hin, dass sich bei einer Mittelverschiebung in den Vermögenshaushalt die Nettoneuverschuldung erhöhe. Dies sei nicht zulässig. Herr Knülle entgegnete, dass durch die insgesamt gemachten Einsparungsvorschläge eine höhere Zuführung zum Vermögenshaushalt möglich sei eine im Rahmen bleibende Kreditaufnahme

gewährleiste.

Auf Nachfrage von Frau Jung bestätigte Herr Seigfried, dass der Sanierungsbedarf bestehe. Wenn diese Maßnahme jetzt vorgezogen werden solle, müsse eine andere Maßnahme zurückgestellt werden.

Herr Masemann erläuterte, dass die Umsetzung des gesamten Hochbauprogramms ab 2006 noch festgelegt werden müsse. Hierzu könne derzeit noch keine Aussage getroffen werden, da der Umfang der durchzuführenden Maßnahmen noch nicht bekannt sei. Für das Jahr 2005 bestünden auf Grund der bereits feststehenden Planung und der personellen Kapazitäten des Gebäudemanagements keine Spielräume, um zusätzliche Maßnahmen umzusetzen.

Herr Knülle bat darum eine Überprüfung aller für 2005 vorgesehenen Maßnahmen dringend vorzunehmen, ob diese überhaupt noch in diesem Jahr durchgeführt werden könnten; ansonsten könnten einzelne Projekte auf spätere Haushaltsjahre verschoben werden.

Der Bürgermeister sagte zu, dem Rat bis zur Sitzung am 20.04.05 eine entsprechende Aufstellung vorzulegen.

Herr Knülle erklärte, seinen Antrag bis zum Vorliegen der Aufstellung der Verwaltung zurückzustellen.

Frage der SPD-Fraktion

42	2300.9355.5	Bestuhlung Aula RSG	130.000	Welche Art der Überarbeitung soll erfolgen und wird die gesamte Maßnahme in 2005 kassenwirksam?
----	-------------	---------------------	---------	---

Herr Stroß erläuterte, dass die 1972 angeschaffte Bestuhlung aufgepolstert werden soll. Die Maßnahme solle in den Sommerferien 2005 umgesetzt werden.

Herr Wagner bat an dieser Stelle darum, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 vorzuziehen, da diese das Schulbudget betreffen. Hiermit waren alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung der vorgezogenen Tagesordnungspunkte erfolgte an entsprechender Stelle dieser Niederschrift unter TOP 7 und 8.

Frage der SPD-Fraktion

43	6100.6102.0	Stadtentwicklungskonzept	99.300	Wer erhält zusätzliche Honorarzah- lungen? Was fällt an zuätzlichen Gutachten und Vermes- sungen an?
----	-------------	--------------------------	--------	--

Herr Gleß erläuterte, dass die Beauftragung weiterer Planungsbüros nicht vorgesehen sei. Es seien auch keine weiteren Gutachten oder Vermessungen im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes erforder- lich. Die Aufstellung von Bebauungsplänen sei jedoch als Ergebnis des Stadtentwicklungskonzeptes absehbar. Hierfür seien Ausgaben erforder- lich. Diese stünden aber nicht in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept.

Die zusätzlichen Honorarkosten ergäben sich aus der Präsentation in den einzelnen Stadtteilen, die von einem der bereits beauftragten Pla- nungsbüro durchgeführt würden.

Herr Joeris regte an, die Präsentation in Eigenleistung ohne Hinzuzie- hung des Planungsbüros durchzuführen. Hiervon riet Herr Gleß ab, da er eine Beteiligung und fachliche Unterstützung für zwingend erforderlich halte.

Da von Herrn Knülle Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

44	6120.6102.6	Erstell. von B.-Plan- Kartenunterlagen/Bearbei- tung d. Auslegungspl.	20.000	-9.500,- Ansatz wie 2003
----	-------------	---	--------	-----------------------------

Herr Gleß erläuterte, dass sich die Anzahl der in Bearbeitung befindli- chen Bebauungspläne gegenüber dem Jahr 2003 erheblich gesteigert habe.

Darüber hinaus stünden einigen größere Projekte bevor.

14 Neinstimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Frage der SPD-Fraktion

45	6020.6540.5	Reisekosten	12.000	Wie haben sich die Rei- sekosten in den letzten Jahren entwickelt?
----	-------------	-------------	--------	--

Herr Knülle verwies auf das Ergebnis der Beratung zu Nr. 26, wonach

den Fraktionen eine Aufstellung über die Entwicklung der Reisekosten insgesamt vorgelegt werden solle.

Antrag der SPD-Fraktion

46	6300.5402.7	Reinigung der Containerstandorte	21.500	Ansätze aufgrund der Ergebnisse anpassen 2005 ff -11.500,--
----	-------------	----------------------------------	--------	---

Herr Gleiß erläuterte, dass die Reinigung in der Vergangenheit vom Dualen System Deutschland vorgenommen wurde. Die Durchführung der Reinigung mit eigenen Kräften habe zu bereits einer Ersparnis von ca. 35.000 € geführt. Herr Richter fügte hinzu, dass sich die geringeren Kosten in 2004 sich aus dem Umstand ergeben hätten, dass die Reinigung erst ab Mitte des Jahres durchgeführt wurde.

Darauf hin zog Herr Knülle den Antrag zurück.

Anregung der SPD-Fraktion

47	6300.6100.0	Straßen- und Verkehrsbeschilderung	30.000	Schilderbestand reduzieren.
----	-------------	------------------------------------	--------	-----------------------------

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

Anregung der SPD-Fraktion

48	7300.5100.0	Unterhaltung und Instandsetzung der Marktplätze	3.000	Sponsoringmodelle in Betracht ziehen.
----	-------------	---	-------	---------------------------------------

Herr Lehmacher erklärte, dass derartige Prüfungen ständig erfolgten. Herr Knülle wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren entsprechende Überlegungen der Verwaltung jedoch zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Antrag der SPD-Fraktion

49	4640.9538.0	Tageseinrichtungen für Kinder	12.000	Die Realisierung des letzten Bauabschnitts an den Außenanlagen KG Waldstraße bereits in 2005 vorgesehen Ansatz 2005 +26.100,--, Ansatz 2006 -26.100,--
----	-------------	-------------------------------	--------	--

Herr Knülle betonte, dass ein Vorziehen der Maßnahme wünschenswert

sei, wenn dies haushaltsrechtlich möglich sei.

Herr Rauchalles wies auf den gemeinschaftlichen Beschluss im Jugendhilfeausschuss zum Zeitplan hin. Er erkenne keine Grund, hiervon abzuweichen. Dem schloss sich Frau Jung an.

Da von Herrn Knülle Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion

50	5800.9500.7	Anlegung von Grün- und Parkflächen	3.200	Den im Birlinghovener Wald entfernten Schutzpflanz, sowie drei Bänke bereits in 2005 ersetzen Ansatz 2005 +8.500,-, Ansatz 2006 -8.500,-
----	-------------	------------------------------------	-------	---

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

51	6300.9401.0	Erstellung von Bushaltestellen	0	Noch mal neu verhandeln. LVR stimmt zu, wenn Halt außerhalb OD.
----	-------------	--------------------------------	---	---

Herr Lehmacher sagte zu, entsprechende Verhandlungen vorzunehmen.

Antrag der SPD-Fraktion, Vorschlag der Verwaltung:

52	6300.9528.8	Sanierung u. Erneuerung v. Baumstandorten	85.000	SPD: Kostengünstigere Lösung für die Ersatzbepflanzung an der Kohlkauler Str. suchen. Auf 2 Jahre strecken. Ansatz 2005 - 42.500,-, Ansatz 2006 +42.500,- Verwaltungsvorschlag: -45.470,- Deckungsvorschlag gem. Änderungspapier der Verwaltung zur DS-Nr. 05/0086
----	-------------	---	--------	---

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

53	6300.9537.7	Verkehrsberuhigung Zufahrt Sportplatz Meindorf	0	auch für 2007 zu teuer. Günstigere Lösung: Nägel (siehe Flughafenautobahn Köln/Bonn).
----	-------------	--	---	---

Der Bürgermeister sagte zu, alles daran zu setzen, eine günstigere Lösung zu finden.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

54	8810.9600.8	Sanierung Altablagerung "HASTAG"	5.000	-5.000,--
----	-------------	----------------------------------	-------	-----------

Herr Gleiß begründete die Notwendigkeit des Ansatzes mit der Erstellung von Gutachten für die beabsichtigte Maßnahme.

14 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Feld-Wielpütz machte auf eine formlose Anfrage der CDU-Fraktion an den Bürgermeister vom 13.04.2005 zum Bereich der Fahrzeugbeschaffung im Bereich des Bauhofes aufmerksam und bat um mündliche Beantwortung.

Protokollnotiz:

Das Schreiben wird den Fraktionen in Kopie zur Verfügung gestellt.

Herr Gleiß begrüßte den Vorschlag und sagte zu, entsprechende Überprüfungen vorzunehmen. Eine Berichterstattung könne auf Grund der Komplexität und erforderlichen Beteiligung anderer Kommunen jedoch erst in 6 Monaten erfolgen.

Wegen der Zusammenfassung der Einzelpositionen „Ersatzbeschaffungen Kleingeräte“ auf eine Haushaltsstelle führte Herr Lehmacher aus, das dies nicht zulässig sei, eine Lösung aber durch Einrichtung eines Deckungsringes möglich sei.

Frage der SPD-Fraktion

55	0200.1400.2	Mieteinnahmen u. Nebenabgaben	35.100	Welcher Nutzung wird der Raum der ESA zugeführt? Besteht ein Konzept um die Mieteinnahmesituation in den Verwaltungsgebäuden zu verbessern?
----	-------------	-------------------------------	--------	---

Herr Masemann erläuterte, dass bezüglich der künftigen Nutzung des

Bürraumes, der in der Vergangenheit von der ESA genutzt wurde, noch keine Entscheidung getroffen worden sei. Da außer diesem Raum und den Ratsstuben keine weiteren Leerstände im Bereich der Verwaltungsgebäude vorhanden seien, hielt er die Erstellung einer Konzeption für abkömmlich.

Herr Knülle stellte den Antrag zur Erstellung einer Konzeption zurück, da an anderer Stelle der Haushaltsberatungen dies noch thematisiert werde.

Antrag der SPD-Fraktion:

56	****5400.*	Gas, Wasser, Strom, Energiekosten	1.592.590	Ansätze 2005 überprüfen, Energieeinsparungskonzept auch im Bereich der nicht investiven Maßnahmen umsetzen. Ansätze 2005 ff um insgesamt mindestens 50.000,-- reduzieren
----	------------	-----------------------------------	-----------	--

Herr Masemann wies auf die den Fraktionen vorgelegten Tabellen zur Darstellung und Zuordnung der Energiekosten sowie der Verbräuche hin. Er führte ferner aus, dass bei Baumaßnahmen energiesparende Materialien verwendet würden. Auf das Nutzerverhalten könne jedoch nicht umfassend eingewirkt werden.

Herr Knülle hob das Einwirken auf das Nutzerverhalten als nicht investiven Maßnahmen hervor, die in seinen Augen zu Einsparungen führen könnten. Er machte auf die derzeit laufende Diskussion zum Thema „Fifty Fifty“ aufmerksam.

Er bemängelte ferner, dass die Haushaltsansätze nicht an das aktuelle Rechnungsergebnis 2004 angepasst wurden.

Auch Frau Jung betonte die Bedeutung der Sparpotentiale im Bereich Energie im Zusammenhang mit der Möglichkeit von „Fifty Fifty-Modellen“. Sie bat eindringlich um Prüfung, ob ein wie auch immer geartetes Modell mit Anreizen für die Schulen eingeführt werden könne. Dies wurde vom Bürgermeister zugesagt; eine Berichterstattung hierzu erfolge im Schulausschuss.

Herr Rauchalles hielt entgegen, dass der sparsame Umgang mit Energie eine Selbstverständlichkeit sei und keiner besonderen Belohnung bedürfe. Es sei aber zu prüfen, ob mit anderen Maßnahmen nachhaltig eine Senkung der Energiekosten erreicht werden könne.

Herr Lehmacher verdeutlichte nochmals, dass nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht die Umsetzung eines „Fifty Fifty-Modells“ in Anbetracht der Haushaltslage nicht möglich sei.

Hinsichtlich der Haushaltsansätze erklärten Herr Masemann und Herr Schumacher, dass eine Anpassung unter Berücksichtigung des Rech-

nungsergebnisses 2004 möglich sei.

Sodann ließ der Bürgermeister über den Antrag der SPD abstimmen:

Einstimmig

Frau Jung beantragte für die FPD-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, eine Prüfung dahingehend vorzunehmen, ob ein Modell zur Energieeinsparung mit Anreizen für die Nutzer in Sankt Augustin eingeführt werden könne.

Einstimmig

Antrag der SPD-Fraktion:

57	****5401.*	Bewirtschaftungskosten	****	Minderausgaben für Reinigungsleistungen Ansatz 2005 -220.000,--, Ansatz 2006 -440.000,--
----	------------	------------------------	------	---

Herr Lehmacher und Herr Masemann wiesen darauf hin, dass die vorliegenden Ausschreibungsergebnisse nicht verbindlich seien, da derzeit ein Einspruchsverfahren laufe. Daher könne von der prognostizierten Einsparung nicht mit Sicherheit ausgegangen werden. Da aufgrund der Komplexität des europaweiten Ausschreibungsverfahrens die Auswirkungen des Einspruches nicht abschätzbar sind, seien die Haushaltsansätze vorsorglich nicht verändert worden.

Herr Knülle wies darauf hin, dass auch unter Berücksichtigung des Einspruchsverfahrens von einer Einsparung im genannten Umfang zumindest für die Haushaltsjahre 2006 ff. auszugehen und dies daher in der Finanzplanung zu berücksichtigen sei. Dies würde zu einer Senkung der Kreditaufnahme führen und die Möglichkeit eröffnen, andere wichtige Projekte vorzuziehen.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erläutere Herr Masemann, dass es denkbar sei, dass der Einspruch zurückgewiesen oder festgestellte Mängel der Ausschreibung geheilt werden könnten. Es sei aber auch nicht auszuschließen, dass die Ausschreibung vollständig aufgehoben und wiederholt werden müsse. Die Auftragsvergabe sei somit auf jeden Fall mit einem mehrmonatigen Zeitverzug verbunden und könne bei einer möglichen Neuausschreibung erst in 2006 erfolgen. Es sei jedoch davon auszugehen, dass auch bei einer Neuausschreibung ähnliche Einsparpotentiale erzielt werden könnten. Bei einer Vergabe ab Mitte 2006 könnten für diesen Fall zumindest Einsparungen in Höhe von ca. 175.000 € und ab 2007 in Höhe von ca. 350.000 € p.A. angenommen

werden.

Der Bürgermeister sagte zu, diese Prognose in den Haushaltsentwurf einzurechnen und den Fraktionen rechtzeitig vor der Sitzung des Rates am 20.04.2005 vorzulegen.

Seitens der CDU-Fraktion wurde Beratungsbedarf angemeldet.

Frau Jung bat um Mitteilung, aus welchem Grund dieser Einsparvorschlag nicht seitens der Verwaltung in die Haushaltsberatungen eingebracht worden sei. Frau Feld-Wielpütz bemängelte, dass der CDU-Fraktion über die erfolgte Ausschreibung keine Erkenntnisse vorlägen.

Herr Seigfried schlug daher vor, generell alle Fragen aller Fraktionen zum Haushalt sowie Antworten der Verwaltung jeder Fraktion zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorschlag stimmte der Bürgermeister zu.

Frage der SPD-Fraktion:

58	2300.5400.8	Gas, Wasser, Strom, Energiekosten	400.740	Wie ist die explosionsartige Kostensteigerung beim RSG um mehr als 40% zu erklären?
----	-------------	-----------------------------------	---------	---

Die Frage wurde schriftlich beantwortet und den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus sagte Herr Masemann zu, den Fraktionen eine Aufstellung über die Energiekosten und Verbräuche aller Objekte der Jahre 2003-2004 zur Verfügung zu stellen.

Antrag der SPD-Fraktion, Vorschlag der Verwaltung

59	4350.5403.0	Bewirtschaftungskosten	53.670	Antrag der SPD: -8.670,--	Vorschlag der Verwaltung: 2005: -8.670,-- 2006 ff: - 8.730,-- Korrektur aufgrund einer durchgeführten Neuberechnung.
----	-------------	------------------------	--------	------------------------------	---

Es wird antragsgemäß verfahren.

Antrag der SPD-Fraktion

60	0200.9430.9	Um- und Ausbauten, größere Instandsetzungen	145.000	10.000,-- sollen nicht für Sanierungsplanungen ausgegeben werden, sondern für die dringend erforderliche Erneuerung des Teppichbodens.
----	-------------	---	---------	--

Herr Seigfried riet davon ab, einen Teil der erforderlichen Renovierung vorzunehmen ohne zuvor eine entsprechende Sanierungsplanung durchzuführen.

Die Verwaltung erläuterte weiter, dass aufgrund der vorhandenen Mängel eine bautechnische Zustandserfassung der gesamten Bücherei sinnvoll sei um den Aufwand für die nächsten Jahre ermitteln zu können. Anschließend sollten die Maßnahmen durchgeführt werden, die zur Erhaltung der Gebäudesubstanz unbedingt erforderlich seien und zwar so, dass weitere kostenintensive Folgeschäden vermieden würden.

Diesen Ausführungen schloss Frau Jung sich an.

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion

61	2100.9438.8	PCB-Sanierung GS Menden	0	PCB Sanierung vorziehen, Realisierung in 2006
----	-------------	-------------------------	---	---

Nach kurzer Aussprache ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen:

5 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion

62	2150.9403.8	Sanierung Schulzentrum Niederpleis	80.500	Sanierungsplanung der Türen im Sportbereich des AEG aus eigenen Kräften erstellen. Vorsorglich eingeplante HH Mittel unter Pkt. 5 streichen. Ansatz 2005 -25.000,--
----	-------------	------------------------------------	--------	--

Herr Masemann erläuterte, dass eine externe Vergabe vorgesehen sei

um diese dringende Maßnahme zeitnah durchführen zu können. Hinsichtlich der vorsorglich eingestellten Mitteln erklärte er, dass es sich um einen Erfahrungswert der letzten Jahre handele.

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

Antrag der SPD-Fraktion

63	2200.9431.4	Sanierungsmaßnahmen RS Menden u. NPL	105.500	Sanierung des Biologie- raumes und des Hörsaals bereits in 2005 realisie- ren. Ansatz 2005 +100.000,-- Ansatz 2007 -50.000,-- Ansatz 2008 -50.000,--
----	-------------	--------------------------------------	---------	--

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion

64	2200.9435.0	PCB-Sanierung RS Menden	0	PCB-Sanierung bereits in 2006 realisieren. Ansatz 2006 +200.000,-- Ansatz 2007 -200.000,--
----	-------------	-------------------------	---	---

5 Jastimmen

9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion, Vorschlag der Verwaltung

65	3550.9430.9	Um- und Ausbauten, gr. Instandsetzungen	20.000	Antrag SPD: Die Verwaltung kann bei unvor- hersehbaren Notfällen von einer ÜPL Gebrauch ma- chen. Vorschlag der Verwaltung: -10.000,-- Deckungsvor- schlag gem. Än- derungspapier der Verwaltung zu
----	-------------	--	--------	---

				Ansatz 2005 ff -- 20.000,--	
--	--	--	--	--------------------------------	--

Der Bürgermeister ließ zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

5 Jastimmen
9 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann stellte er den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung:

Einstimmig

Vorschlag der Verwaltung:

66	4361.9430.6	Um- und Ausbauten, gr. Instandsetzungen	10.000	-10.000,-- Deckungsvorschlag gem. Änderungspapier der Verwaltung zu DS-Nr. 05/0086.
----	-------------	---	--------	--

Einstimmig

Antrag der SPD-Fraktion

67	Mietausgaben			Mietausgaben weiter zurückfahren. Raumbewirtschaftungskonzept vorlegen, welches das Ziel verfolgt, Anmietungen außerhalb des Rathausgebäudes für Verwaltungsstellen abzubauen, Personal im Rathaus selbst unterbringen.
----	--------------	--	--	---

Der Bürgermeister wies auf das bereits in der Vergangenheit umgesetzte Raumbewirtschaftungskonzept hin, mit dem Mietausgaben gesenkt werden konnten. Er sagte eine weitere kontinuierliche Prüfung in diesem Bereich zu.

Frage der SPD-Fraktion:

68	7000.6552.4	Sachkosten "Cross-Border-Leasing"	300.000	Welche Beratungskosten sind durch die Beratung der Stadt in der Abwicklung des CBL Geschäfts entstanden?
----	-------------	-----------------------------------	---------	--

Herr Wirtz bezifferte die Beratungskosten mit 39.370 €. Auf Nachfrage von Frau Jung bestätigte Herr Wirtz, dass diese Kosten zu den bisher genannten Beträgen hinzuzurechnen seien.

Anschließend formulierten Frau Feld-Wielpütz, Herr Rauchalles und Frau Roitzheim für die CDU-Fraktion folgende Fragen/Anträge:

	6300.9321.7	Erwerb v. Straßenland für Gewerbegebietszufahrt	248.000	Sachstandsbericht
--	-------------	---	---------	-------------------

Herr Gleß teilte mit, dass die Bebauungsplan rechtskräftig und zur Umsetzung Grunderwerb erforderlich sei. Für den Straßenbau liege eine Vorentwurfplanung vor und ein Antrag auf Fördermittel sei bei der Bezirksregierung gestellt worden. Eine Umsetzung für 2005 sei wegen des erforderlichen Grunderwerbs nicht mehr möglich. Die Etatisierung erfolge daher im Haushaltsjahr 2006. Davon betroffen sei auch die korrespondierende Einnahmehaushaltsstelle 6300.3670.7

	5600.9433.1	Sportplatzgebäude Menden	0	1. Priorität mit Beginn in 2006 mit 51.000,-, Rest in 2007
--	-------------	--------------------------	---	--

Einstimmig

		ADV-Kosten		Deckeln auf 80 %, linear bis 2010
--	--	------------	--	-----------------------------------

Frau Stocksiefen erläuterte, dass eine derartige Kürzung dazu führe, in den vergangenen Jahren getätigte Anschaffungen nicht mehr pflegen zu können. Die ermittelten Ansätze seien zudem in erster Linie nur für eine Bestandserhaltung vorgesehen. Eine Reduzierung der Ansätze könne die Betriebsfähigkeit der ADV gefährden. Ein großer Umfang der angesetzten Kosten sei durch laufende Verträge gebunden.

Da Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, erfolgt die weitere Beratung/Beschlussfassung zu diesem Antrag in der Sitzung des Rates am 20.04.2005.

	6300.9540.2	Ausbau Rad-/Gehweg zw. A-Sonntag-Str./Udetstr.	50.000	Mittel ggf. nicht ausreichend
--	-------------	--	--------	-------------------------------

Herr Gleiß erläuterte, dass eine Grundsatzentscheidung erforderlich sei, ob darüber hinaus ggf. auch eine Fläche für den Straßenverkehr zur Verfügung gestellt werden solle. Da die Beratung im Planungs- und Verkehrsausschuss noch nicht erfolgen konnte, wurden zunächst nur die Mittel für den Rad-/Gehweg in den Haushalt eingestellt.

Für die FDP formulierte Frau Jung folgenden Antrag:

	4810.2431.7	Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes	61.360	Erhöhung der Einnahmen möglich?
--	-------------	---	--------	---------------------------------

Herr Seigfried erläuterte, dass eine Steigerung der Einnahmen durch zusätzlichen Personaleinsatz nicht sinnvoll sei, da die Kosten hierfür nicht im Verhältnis zu Mehreinnahmen stünden. Im Rahmen der Neuorganisation dieses und des Fachbereiches Soziales und Wohnen könnten jedoch evtl. vorhandene Personalressourcen für diese Aufgabe eingesetzt werden.